

Andreas Wilhelm

*Kontinuität oder Wandel - ein neues Grand
Design der US-Außenpolitik?*

DISTRIBUTION STATEMENT A:
Approved for Public Release -
Distribution Unlimited

ORDO INTER NATIONES

Internationale Politik - Analysen



Institut für Internationale Politik und Völkerrecht

Universität der Bundeswehr München

14/2000

ORDO INTER NATIONES, eine Schrift des Instituts für Internationale Politik der Universität der Bundeswehr München, bringt in lockerer Folge Originalbeiträge und Nachdrucke, die sich in den Themenrahmen „Strukturen und Prozesse - Ordnung im internationalen System“ einfügen. Die souveränen modernen Staaten sind nach wie vor die Hauptakteure im internationalen Geschehen. „Modern“ heißt die über nationale Abschließung hinausreichende Offenheit der Staaten für internationale Entwicklungen, heißt - bei Wahrung legitimer nationaler Interessen - internationale Kooperationsfähigkeit und der Wille zu friedlicher, verantwortlicher Kooperation. Eine „neue Weltordnung“ wird nicht nach Utopien, sondern nur durch einen an Normen orientierten Realismus entwickelt werden.

Herausgeber: Prof. Dr. Jürgen Schwarz

Redaktion: Dr. Andreas Wilhelm
Dr. Hanns-Frank Seller
Angelika Schoppel (Sekretariat)

Red. für 14/2000: Dr. Andreas Wilhelm

Erscheinungsort: München

Redaktionsanschrift: ORDO INTER NATIONES
Institut für Internationale Politik
Universität der Bundeswehr München
D-85577 Neubiberg

Tel.: 089-6004-2048/3966
Fax: 089-6004-4460
E-Mail: ifip@unibw-muenchen.de
<http://www.unibw-muenchen.de/ifip>

Die in *ORDO INTER NATIONES* geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

ISSN: 1433-3953
© Jürgen Schwarz

REPORT DOCUMENTATION PAGE

Form Approved OMB No. 0704-0188

Public reporting burden for this collection of information is estimated to average 1 hour per response, including the time for reviewing instructions, searching existing data sources, gathering and maintaining the data needed, and completing and reviewing the collection of information. Send comments regarding this burden estimate or any other aspect of this collection of information, including suggestions for reducing this burden to Washington Headquarters Services, Directorate for Information Operations and Reports, 1215 Jefferson Davis Highway, Suite 1204, Arlington, VA 22202-4302, and to the Office of Management and Budget, Paperwork Reduction Project (0704-0188), Washington, DC 20503.

1. AGENCY USE ONLY (Leave blank)		2. REPORT DATE 2000		3. REPORT TYPE AND DATES COVERED Series Publication	
4. TITLE AND SUBTITLE Kontinuitaet oder Wandel – ein neues Grand Design der US-Aussenpolitik? Continuity or Change – A New Grand Design in US Foreign Policy?				5. FUNDING NUMBERS	
6. AUTHOR(S) Andreas Wilhelm					
7. PERFORMING ORGANIZATION NAME(S) AND ADDRESS(ES) Institut fuer Internationale Politik und Voelkerrecht, Universitaet der Bundeswehr Muenchen				8. PERFORMING ORGANIZATION Report Number REPORT NUMBER No. 14/2000	
9. SPONSORING/MONITORING AGENCY NAME(S) AND ADDRESS(ES) Ordo Inter Nationes (publication)				10. SPONSORING/MONITORING AGENCY REPORT NUMBER ISSN 1433-3953	
11. SUPPLEMENTARY NOTES Text in German. Title and abstract in German and English, 23 pages, ISSN 1433-3953, No. 14/2000.					
12a. DISTRIBUTION/AVAILABILITY STATEMENT Distribution A: Public Release.				12b. DISTRIBUTION CODE	
ABSTRACT (Maximum 200 words) This very brief discussion paper gives an overview of the development of United States foreign policy during the Clinton Administration (1993-2000), and how the things seem for the beginning of the twenty-first century. Most of the opinions and facts are culled from the pages of Foreign Affairs, and the study reads quite quickly because of the extreme generalizations it inflicts upon the subject matter. The author concludes that the strengthening isolationism of the United States will incur great problems upon itself in the years to come, because it cannot afford to ignore the happenings in the international arena.					
14. SUBJECT TERMS German, UNIBW, Clinton administration, United States foreign policy, New world order				15. NUMBER OF PAGES	
				16. PRICE CODE	
17. SECURITY CLASSIFICATION OF REPORT UNCLASSIFIED	18. SECURITY CLASSIFICATION OF THIS PAGE UNCLASSIFIED	19. SECURITY CLASSIFICATION OF ABSTRACT UNCLASSIFIED	20. LIMITATION OF ABSTRACT UNLIMITED		

ORDO INTER NATIONES

Internationale Politik - Analysen

Andreas Wilhelm

*Kontinuität oder Wandel - ein neues Grand Design der
US-Außenpolitik?*

20021122 153

14/2000

AQ F03-02-0402

**Reproduced From
Best Available Copy**

**Copies Furnished to DTIC
Reproduced From
Bound Originals**

Andreas Wilhelm

***Kontinuität oder Wandel – ein neues Grand Design der US-
Außenpolitik ?***

Vorbemerkung

In der neuen Ära nach dem Kalten Krieg ist an der Wende zum 21. Jahrhundert die Debatte über die künftige Außenpolitik der USA als einzig verbliebener Weltmacht von entscheidender Bedeutung. Denn von ihrer aktiven Einflußnahme auf die internationale Politik oder einer möglichen Rückkehr in traditionelle Denkmuster isolationistischer Politik wird die weitere Gestaltung der internationalen Ordnung wesentlich bestimmt werden. Der vorliegende Aufsatz versucht zu zeigen, daß auch unter einem neuen demokratischen oder republikanischen Präsidenten eher Kontinuität in der amerikanischen Weltpolitik zu erwarten sein dürfte, und jede Regierung auf dem Boden einer realistischen und idealistischen Tradition Außenpolitik als weltpolitische Führungsmacht zu betreiben versucht. Insbesondere zwei Varianten des Internationalismus werden dabei auch künftig die Suche nach einem außenpolitischen Grand Design in den USA nach der Bush und Clinton-Administration prägen.

1. Einleitung

Wer die Geschichte der internationalen Politik des letzten Jahrhunderts betrachtet, kann nicht übersehen, daß die Außenpolitik der USA und die Veränderungen des internationalen Systems in besonderer Weise ineinandergreifen. Über weite Strecken der Geschichte des 20. Jahrhunderts, vor allem in der Zeit des Kalten Krieges, waren die Vereinigten Staaten zu einem die Gestaltung der internationalen Politik maßgeblich beeinflussenden Hauptakteur geworden. Dabei zählen nicht nur die in der Vergangenheit entstandenen, nationalen Wesensmerkmale zu den Faktoren, die bis zum heutigen Tage die außenpolitische Grundhaltung der USA wesentlich mitbestimmten. Amerikas Diplomatie war stets auch von der Rolle und dem Format seiner Politiker abhängig, von deren Umgang mit den jeweiligen Herausforderungen und ihrem Geschick einer klugen Staatsführung (Hacke 1997; Melanson 1999). Vom amerikanischen Präsidenten und seinem Ansatz zur Gestaltung internationaler Beziehungen, von seinen Möglichkeiten einer genauen Analyse der Realität wurde der Weg Amerikas durch die internationale Politik immer entscheidend mitgestaltet (Destler 1972: 90; Rockman 1997: 21-42).

Die „künftige“ Außenpolitik der USA zu verstehen, setzt daher voraus, drei wichtige Aspekte zusammenhängend zu berücksichtigen:

- die wesentlichen historischen und kulturellen Grundlagen einer seit dem Ende des II. Weltkrieges weltumspannenden amerikanischen Außenpolitik,
- das Entstehen eines veränderten internationalen Systems, das die USA mit dem Konzept einer „Neuen Weltordnung“ (George Bush) und einem auf Demokratisierung beruhenden internationalen Engagement (Bill Clinton) zu gestalten versuchte, sowie
- die möglichen neuen Eckpunkte amerikanischer Außenpolitik, die unter einem republikanischen wie auch demokratischen Präsidenten überwiegend in der Kontinuität einer grundlegend internationalistischen Orientierung gesehen werden.

Unabhängig von den politischen Auffassungen, ist es immer eine besondere Aufgabe von Regierungen in den USA gewesen, ihre Wertvorstellungen mit den praktischen Notwendigkeiten der Politik auszubalancieren. Sowohl in den demokratischen wie auch republikanischen Grundauffassungen zur Außenpolitik findet sich in der Regel eine Bestätigung beider Grundrichtungen amerikanischer Diplomatie: der Betonung von Macht zur Durchsetzung der eigenen nationalen Interessen und der gemeinsamen, allem zugrundeliegenden Überzeugung einer politisch und moralisch, im Hinblick auf das Regierungssystem und die eigenen Werte, begründeten Führungsrolle der USA.

Neben diesem allgemeinen Handlungsrahmen wurzelt in beiden Ambitionen ein zentrales Grundmuster außenpolitischen Verhaltens der

USA: eine zwischen traditionellem Isolationismus (Nordlinger 1995: 3-26; Graebner 1968: 218) und internationalistischem Engagement sich bewegende Außenpolitik, die in ihren Facetten je nach den aktuellen Situationen und Konstellationen der internationalen Politik variiert. Die Idee des amerikanischen Isolationismus ging dabei zwar in ihrer Dominanz mit der Truman-Doktrin zu Ende, ist aber nach wie vor als eine wesentliche außenpolitische Determinante zu berücksichtigen, insofern sie „als politisch kluge Maxime der Gründungsväter latent im Bewußtsein der Bevölkerung“ (Schwarz 1998) verankert geblieben ist und noch immer als ein fortdauernder Grundzug amerikanischer Außenpolitik interpretiert werden muß.

Angesichts der globalen Interdependenz, mit einer Vielzahl internationaler Verflechtungen, ist eine solche strikte isolationistische Haltung der USA in weltpolitischen Fragen zwar nicht zu erwarten. Dennoch stellt sie auch weiterhin eine Grundlage des amerikanischen Selbstverständnisses dar, das eng mit der erfolgreichen Entwicklung des amerikanischen politischen und gesellschaftlichen Systems verbunden ist. Aus der nationalen Perspektive eines „besonderen, einzigartigen Weges“, den man im gelungenen „demokratischen Experiment“ und im Aufbau eines modernen Staates seit der Unabhängigkeitserklärung begründet sieht, sind isolationistische Elemente im außenpolitischen Verhalten der USA immer wieder erkennbar. Insbesondere die Stimmungslage der amerikanischen Bevölkerung ist hierbei für jede Regierung ein wichtiges Kriterium für die Formulierung und Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik (Schweigler 1993).

Dabei wurde der Isolationismus bisher überwiegend als eine unverzichtbare Bedingung für die nationale Sicherheit der USA, für die fortdauernde Stabilität des politischen Systems und den wirtschaftlichen Erfolg des Landes empfunden. Mit der Vorstellung, daß seit den eminenten Veränderungen in den Jahren von 1989 bis 1991 ohnehin eine Dominanz der USA als einziger Weltmacht gegeben sei, hat sich das Interesse an der Außenpolitik in der Bevölkerung zudem oftmals erheblich verringert (Walt 2000)

2. Das Problem eines neuen Grand Design

Ein wesentliches Grundelement amerikanischer Außenpolitik in der neuen Ära nach dem Kalten Krieg ist die fortdauernde Suche nach einem neuen außenpolitischen Orientierungsraster. Mit der Auflösung der Sowjetunion und dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa hat sich der Handlungsspielraum amerikanischer Außenpolitik zwar vergrößert. Die maßgeblich bestimmende Truman-Doktrin, die bis dahin in der amerikanischen Nachkriegspolitik die Beziehungen vor allem zu den kommunistischen Staaten dominierte, ist gegen Ende des 20. Jahrhunderts jedoch keineswegs mehr von besonderer außenpolitischer Relevanz.

Nach der Ablösung der Bipolarität sind nicht mehr die alten Konzepte und Mittel einer über vier Jahrzehnte bestehenden Abwehr sowjetischer Bedrohung gefragt, sondern Überlegungen zu einer Außenpoli-

tik beyond containment, über die Strategie und die Mittel einer politischen und militärischen Eindämmung des Kommunismus hinaus. Als Folge der weltpolitischen Veränderungen, insbesondere der Umwälzungen in Europa, sehen sich die USA vor die Aufgabe gestellt, nicht nur ein neues Grand Design amerikanischer Weltpolitik zu entwerfen. Konfrontiert mit einer wachsenden globalen Interdependenz sind in den letzten Jahren darüber hinaus die Belastungen einer hegemonialen Überdehnung, eines imperial overstretch, zu einem weiteren wichtigen Thema der außenpolitischen Debatte geworden (Kennedy 1987). In den Vordergrund der Diskussion traten dabei vor allem die zu Beginn der neunziger Jahre drängenden innen- und wirtschaftspolitischen Probleme, die damit zugleich auch die Frage nach einer künftigen Balance und Gewichtung zwischen amerikanischer Innen- und Außenpolitik, zwischen Isolationismus und Internationalismus, aufwarfen (Schlesinger 1993). In der wissenschaftlichen wie auch öffentlichen Bewertung der außenpolitischen und internationalen Rolle der USA sah man zumindest eine Lösung der wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen daher als die zunächst vorrangigste Aufgabe der neuen Clinton-Administration. Eine erfolgreiche Bewältigung dieser Probleme galt vielen als Voraussetzung, um die globale amerikanische Führungsrolle auch weiterhin aufrechtzuerhalten (Strange 1990; Pfaff 1991)

Dieses Übergewicht innenpolitischer Fragen spiegelte damit ein Grundproblem amerikanischer Außenpolitik wider, das Walter Lippmann einst als den Versuch bezeichnet hat, „the nation's commit-

ments“ und „the nation's power“ stets in ein vernünftiges Gleichgewicht miteinander zu bringen (Lippmann 1943: 9). Nach Möglichkeiten einer außenpolitischen Entlastung der USA zu suchen, etwa durch ein geringeres internationales Engagement, stellt so gesehen immer wieder einen wesentlichen Motivationsfaktor innerhalb der amerikanischen Außen- und Innenpolitik dar. Die ersten Wahlen zur Präsidentschaft gewann Clinton nicht zuletzt im Hinblick auf die aktuellen wirtschaftlichen Erfordernisse mit dem Slogan „It's the economy, stupid“, wobei nicht übersehen werden darf, daß die Dominanz des US-Binnenmarktes für die amerikanische Wirtschaft hierbei stets eine überaus große Rolle gespielt hat.

Als Grundlage amerikanischer Außenpolitik konnte so auch der aus innenpolitischer Perspektive und aus den Verschiebungen der internationalen Politik hervorgehende Gedanke eines „America First“ immer wieder stark thematisiert werden (Schweigler 1993), obwohl es als populäres Stichwort bisher einen eher gemäßigten Anklang im politischen System der USA gefunden hat. Daß heute in der Republikanischen Partei gerade unter der jüngeren Generation Stimmen nach einer unilateralen Politik wiederholt laut werden, ohne sich gleichwohl dem Stigma eines Isolationisten aussetzen zu wollen, zeigt die Notwendigkeit, solche Stimmungen und Tendenzen in der Außenpolitik der USA dennoch stets mitzuberücksichtigen.

Wirtschaftliche Stärke bzw. die Verfügung ausreichender Ressourcen wurde dabei von demokratischer wie republikanischer Seite immer als

eine entscheidende Voraussetzung für die Verteidigung der wirtschaftlichen und nationalen Sicherheit wie auch der Führungsrolle der USA angesehen, nicht zuletzt wenn die ökonomischen Erfordernisse und Probleme mit als Ursache für eine mögliche Relativierung der hegemonialen Stellung und des Machtpotenzials der USA wahrgenommen werden. Die Neugewichtung zugunsten der Innenpolitik wandelte sich dabei zwar in dem Maße, wie die Clinton-Regierung durch neue Herausforderungen der internationalen Politik – Haiti, Somalia, Bosnien-Herzegowina – zu entsprechenden außenpolitischen Maßnahmen und Aktionen gezwungen war. Doch in den Überlegungen zur Außenpolitik blieb die wirtschaftliche Interessenlage der USA eine zentrale Determinante außenpolitischer Entscheidungsplanung. In den jüngsten Kommentaren einiger Berater der US-Regierung und des demokratischen Präsidentschaftskandidaten wird dieser Aspekt deutlich:

„Finally, national economic interests should not be considered ‘secondary’ or subordinated to traditional security interests. National security must be broadly construed to include both economic and geopolitical concerns. And in many circumstances, economic policies may prove the best instrument for achieving geopolitical objectives.“ (Cutter u.a. 2000)

Bei Demokraten und Republikanern besteht hierbei offensichtlich Einigkeit darüber, daß innere wirtschaftliche Stärke und Stabilität eine wichtige Grundlage für eine zentrale Rolle Amerikas in der Weltpolitik bilden. Diese fortgesetzte Unterstützung für eine aktive Außenpo-

litik würde entsprechend in dem Moment in Gefahr geraten, in dem die amerikanische Wirtschaft in eine größere Krise abgleiten würde (Dittgen 1998: 293).

Was sich unter Bill Clinton zunächst als Abkehr von Außenpolitik unter dem Sog der Innenpolitik und der Suche nach einem „internen Kompaß“ andeutete, hieß jedoch zu keinem Zeitpunkt, daß eine Wiederbelebung des Isolationismus zu erwarten gewesen wäre. Die Fokussierung auf die amerikanische Wirtschaft war nicht gleichzusetzen mit der Frage, ob US-Außenpolitik künftig noch Außenpolitik sein würde. Sie war vielmehr Ausdruck einer nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes „verlorengegangenen geopolitischen Landkarte“, in der die alten Konfliktlinien des Kalten Krieges die amerikanische Strategie weitgehend festgelegt hatten.

3. Die strategische Grundorientierung: von der „Neuen Weltordnung“ zum internationalen „Engagement“

Was das außenpolitische Grundverständnis betrifft, so war bislang eine internationale Sichtweise dominierend, in deren Rahmen die Entscheidungsträger wie auch die außenpolitische Elite unterschiedliche Ausprägungen eines Internationalismus vertraten. Der seit Ende der 80er Jahre bestehende und keineswegs abgeschlossene Diskurs über die strategische Grundorientierung nach dem Ost-West-Konflikt hatte schon unter der Bush-Administration wie später unter Präsident Clinton zu dem Versuch geführt, einen Ansatz zu formulieren, der idealisi-

stisch und realistisch den weltpolitischen Umbrüchen und der internationalen Rolle der USA gerecht werden sollte.

In diesem Zusammenhang legte Präsident Bush schon kurze Zeit nach dem Golf-Krieg sein Konzept einer „Neuen Weltordnung“ vor, in dem gleichzeitigen Bemühen, dafür auch innenpolitisch Legitimität zu gewinnen. Doch der Ansatz einer „Neuen Weltordnung“ ist nie wirklich konkretisiert oder auch nur annähernd belebt worden. Die Außenpolitik der Bush-Regierung bot letzten Endes

„kein Modell für eine neue Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Das Schlagwort von der neuen Weltordnung konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Regierung Machtpolitik im alten Stil betrieb.“ (Dittgen 1998: 294)

Das in der „Neuen Weltordnung“ präsentierte traditionell liberale Vorstellungsbild einer in friedlicher Kooperation lebenden Staatenwelt wurde vielmehr sehr rasch von einer macht- und interessenpolitischen Sichtweise abgelöst und überlagert, die in zahlreichen Aspekten der Außenpolitik unter George Bush zum Ausdruck kam: in Amerikas Führung der Anti-Irak-Koalition im Golf-Krieg, im nüchternen Festhalten an den geostrategischen Beziehungen zu China, in der Neugestaltung der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion sowie in der Bewältigung ethnischer wie auch religiöser Konflikte im früheren Jugoslawien (Mandelbaum 1991: 5-22).

Wenngleich sich für die Außenpolitik Clintons später eine vergleichbare Entwicklung ergab - der rhetorischen Betonung einer idealistischen und der praktischen Verfolgung einer realistischen Tradition amerikanischer Außenpolitik -, so richtete sich doch das Hauptaugenmerk der neuen Administration auf drei andere wesentlich an einem liberalen Internationalismus orientierte Grundlinien. Danach waren die Förderung der Demokratie und die Entwicklung freier Märkte eine entscheidende, wenngleich nicht neue und bereits seit Wilson bekannte Zielsetzung der neuen Regierung (Rosenthal 1992: 23). Konzeptionell neu formuliert, sollte neben dieser ersten zentralen Säule amerikanischer Außenpolitik das Prinzip einer multilateralen Politik, beruhend auf zwischenstaatlicher Kooperation und einer wachsenden Rolle internationaler Organisationen, als zweiter Pfeiler in das neue Grundmuster amerikanischer Außenpolitik übernommen werden (Kubbig et al. 2000). Clinton faßte damit eine Option ins Auge, die unter dem Begriff des „Enlargement“ den Versuch einer Erweiterung der demokratischen Staatenwelt in der internationalen Politik vorsah (Lake 1993: 21 - 24).

Gleichwohl mußte auch Clinton diese außenpolitischen Ziele angesichts der Bedingungen des internationalen Systems deutlich relativieren. Die Ereignisse um das Regime Duvalier in Haiti, die Frage der „humanitären Intervention“ in Somalia, die Osterweiterung der NATO, der Militäreinsatz im früheren Jugoslawien (Bosnien-Herzegowina, Kosovo) wie auch die Proliferation von Massenvernichtungswaffen mit der aktuell betonten Unberechenbarkeit von so-

genannten rogue states (sog. „Schurkenstaaten“ wie Irak, Libyen oder Nordkorea), die die Diskussion über das Projekt einer nationalen Raketenabwehr (National Missile Defense, NMD) in den USA weiter vorantrieben (Lewis et al. 1999/2000: 120ff.; Czempiel 2000: 569-579), unterstrichen in den Augen der Clinton-Administration einmal mehr die Bedeutung der nationalen und wirtschaftlichen Sicherheit für die amerikanische Außenpolitik.

Trotz aller multilateralen Einbindung waren die USA auch unter Präsident Clinton daher nicht bereit, auf die Absicherung der Grundinteressen amerikanischer Weltpolitik zu verzichten. Der unilaterale Einsatz von Streitkräften ohne die Befürwortung oder Zustimmung internationaler Organisationen sollte ebenso wenig ausgeschlossen bleiben wie die unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen der internationalen Politik für notwendig erachtete amerikanische Militärpräsenz in Asien und Europa. Außenpolitisch lag diesen Überlegungen nicht nur eine Blickrichtung zugrunde, die sich von den früheren Vorstellungen des demokratischen Präsidenten Jimmy Carter unterschied und die Partei der Demokraten näher an die politische Mitte heranführte (Rieß 1997). Es illustrierte zugleich die neue Politik eines „pragmatischen Neo-Wilsonianismus“ (Friedman 1993: 8, Kissinger 1994: 41), in der letzten Endes mehr eine pragmatische Außenpolitik und die Gewährleistung der „vitalen amerikanischen Lebensinteressen“ als die Ideen Wilsons von einer wert- und normengerechten Weltordnung dominierend blieben (Hoffmann, Stanley: 1995).

Die Außenpolitik Clintons verdeutlicht insofern anschaulich den Wandel von einer anfangs idealistischen zu einer realistischen Orientierung, obwohl Clinton noch 1992 das „zynische Kalkül reiner Machtpolitik als ungeeignet für eine neue Ära“ bezeichnet hatte (Woyke 1995: 168-191). Ganz im Sinne des realpolitischen Verständnisses wurde daher auch unter Clintons Administration das nationale Interesse in den Vordergrund der amerikanischen Weltpolitik gestellt: so etwa in der Frage der Osterweiterung des Nordatlantikpaktes um Polen, Ungarn und die Tschechische Republik, des Ausbaus der sicherheitspolitischen Beziehungen zu den Bündnispartnern im asiatisch-pazifischen Raum, insbesondere zu Japan, oder der Absicherung einer Politik des Status quo in den diplomatischen Beziehungen zu Peking, verbunden mit dem Versuch, China in die internationale Organisation der WTO zu integrieren. Clintons Rede von der „indispensable nation“, der „unentbehrlichen Nation“ machte hierbei gerade den Aspekt einer beabsichtigten Führungsrolle der USA, gegebenenfalls als eingreifender Weltpolizist - unter Absicherung durch die Vereinten Nationen, in Zusammenarbeit mit ihren westlichen Bündnispartnern oder als notwendig formulierte Selbsthilfe - erneut deutlich (Washington Post: 1997). Ebenso unverändert geblieben sind die traditionellen Interessensphären amerikanischer Außenpolitik, die mit Blick auf Europa, Asien und Amerika das Entstehen einer bedrohlich gefährdenden, hegemonialen Ordnungsmacht stets zu verhindern suchte.

4. Das künftige weltpolitische Rollenverständnis der USA

Die Außenpolitikentwicklung unter Bush wie auch unter Clinton ist somit zwar von einigen Reformansätzen und rhetorisch überbetonten Grundstrategien charakterisiert gewesen. Dennoch zeigt sich im wesentlichen eine Kontinuität in der grundlegenden außenpolitischen Orientierung. Die daraus abzuleitende, triviale Tatsache wäre daher auch im Hinblick auf die künftige Außenpolitik zunächst darin zusehen, daß eine Weltmacht wie die USA nicht in allen Belangen das internationale System bestimmen bzw. die Welt beherrschen kann, oder in der Lage ist, sich trotz seiner Bedeutung aus der internationalen Politik völlig zurückzuziehen (vgl. Kissinger 1994: 929). Ob als Gleichgewichtsmacht oder „wohlwollender Hegemon“, der Führungsstil amerikanischer Außenpolitik ist in starkem Maße einem realistischen, machtpolitischen Denk- und Handlungsmuster verhaftet geblieben. Insbesondere bei George W. Bush kann dabei eine offensichtliche Anlehnung an die Reagan-Politik früherer Jahre (Kristal/Kagan 1996) durchaus festgestellt werden.

Abgesehen davon, daß innenpolitisch-bürokratische Faktoren darüber hinaus eine eminente „Resistenz gegenüber Wandel“ aufweisen können (Rudolf 1999: 61), wird das weltpolitische Rollenverständnis der USA im wesentlichen von zwei miteinander verbundenen, doch zugleich in einigen Punkten gegensätzlichen Konzepten dominiert bleiben:

- einem konservativ-hegemonialen Internationalismus, der aus Sicht vor allem der Republikaner die USA als alleinige Weltmacht im internationalen System perzipiert, den Anspruch auf eine führende

Machtstellung dazu nutzt, das Entstehen von Hegemonialmächten in Asien (China, Japan) und Europa (Rußland, Deutschland, EU) frühzeitig zu unterbinden, im Rahmen internationaler Organisationen je nach eigenen Zielsetzungen handelt und internationales Engagement oft nur im Sinne der nationalen Interessendurchsetzung, mit der Orientierung auf ausschließlich nationale Belange, verfolgt (Rice 2000: 45-63; Zoellick 2000: 63-79), sowie

- einem liberal-pragmatischen Internationalismus, der nicht weniger auf eine machtpolitische, gegebenenfalls unilateral ausgerichtete und interventionsbereite Präsenz der USA als pazifischem und europäischem Akteur fokussiert, zugleich aber einen stärkeren Akzent auf internationale Kooperationen und Institutionen setzt, um die Grundlagen demokratischer Staaten weiter international auszubauen und durch ein System kollektiver Sicherheit zu garantieren.

In den Zielsetzungen und Prioritäten der beiden Präsidentschaftskandidaten sind dabei sicher Unterschiede in einzelnen Bereichen operativer Außenpolitik festzustellen: so etwa in der künftigen amerikanischen China-Politik, die sich von einer militärisch und geostrategisch bedingten Interessenrivalität - „China is a competitor, not a strategic partner“ - (Bush: <http://www.foreignpolicy2000.org/library>) bis hin zu einer Politik der Einbindung Chinas in internationale Regelwerke und Organisationen erstreckt - „It is wrong to isolate and demonize China“ - (Gore: <http://www.foreignpolicy2000.org/library>). In derselben Weise hegt man überparteilich zwar keine Zweifel an der für die Sicherheitspolitik notwendigen Rolle der NATO. Doch ob der Vorrang der

Allianz als sicherheitspolitisches Instrument dazu eingesetzt werden soll, um den Einfluß auf Europa weiter aufrechtzuerhalten (Bush), oder ob im Rahmen des Nordatlantikpaktes der Prozeß einer eigenen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität stärkere Unterstützung findet (Al Gore), wird von der jeweiligen Prioritätensetzung der amerikanischen Regierung abhängen.

Trotz solcher Differenzen in einzelnen Punkten der Außenpolitik ist nichtsdestoweniger erkennbar, daß übereinstimmend die Rolle der USA als Führungsmacht in realistischer internationaler Perspektive unterstrichen und die idealistische Tradition amerikanischer Außenpolitik, im Sinne einer weltweiten Förderung von Demokratie und Frieden als Grundlage eines „manifest destiny“, befürwortet wird:

(...), „A distinctly American internationalism. Idealism, without illusions. Confidence, without conceit. Realism, in the service of American ideals. (...) America must be involved in the world. (...) American foreign policy must be more than the management of crisis. It must have a great and guiding goal: to turn this time of American influence into generations democratic peace“ (Bush: <http://www.foreignpolicy2000.org/library>)

Ähnliches gilt im Hinblick auf die Position der Demokraten:

„America's power comes not just only from our weapons and munitions but also from the American ideal itself. (...) three essential

points (...) America must always maintain a strong defense, and unrivalled national security to protect our own interests, and to advance the ideals that are leading the world toward freedom. Second (...) to lead the world in meeting the new security challenges. (...) Third, we must resist those who meet new global challenges with a newfound fear of the world itself“ (Gore: <http://www.foreignpolicy2000.org/library>).

Insgesamt hat sich, so wird deutlich, seit dem 20. Jahrhundert eine ambivalente Tradition in der amerikanischen Außenpolitik entwickelt. Bei allem derzeit vorhandenen außenpolitischen Desinteresse der amerikanischen Öffentlichkeit, dem stets sich andeutenden Isolatismus und Unilateralismus besonders in Umbruchphasen der Weltpolitik oder der kontroversiell geführten Debatte um eine Betonung militärischer, geoökonomischer oder geopolitischer Faktoren: die Zielsetzung einer liberalen und demokratischen, von Marktwirtschaft bestimmten Weltordnung war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit der realistischen Strategie der Durchsetzung nationaler Interessen, in der Zeit des Kalten Krieges gegenüber der Bedrohung durch die Sowjetunion, verknüpft worden. Die außenpolitischen Ordnungsvorstellungen der USA werden dabei zu Beginn des 21. Jahrhunderts zwar vor allem neu überdacht werden müssen, da die bisherigen Versuche einer Grand Strategy unter Bush und Clinton wenig erfolgreich verlaufen waren. Letztendlich aber gilt auch in der Phase des post-sowjetischen Zeitalters wohl noch immer das Diktum für die Weltmacht USA, daß sie zum dritten Mal ansetzt „eine neue Weltordnung

zu schaffen“. Dabei wird es wichtig sein, inwieweit es gelingt „jenen zwei Versuchungen“ zu entgehen, denen es „aufgrund seines traditionellen Exzeptionalismus ausgesetzt ist: der Vorstellung, die Vereinigten Staaten müßten jeden Mißstand beheben und jeder kleinen Erschütterung entgegenwirken, und dem unterschwelligen Bedürfnis, sich auf sich selber zurückzuziehen“ (Kissinger: 927). In den nächsten Jahren wird sich am kulturell-historischen und konstitutionell bedingten Rahmen amerikanischer Außenpolitik, bei aller Diskussion um eine mögliche „pax americana“ oder eine künftige isolationische Haltung der USA, nichts wesentliches ändern: Kontinuität soweit als möglich, Wandel soweit als unter den innerstaatlichen Bedingungen und den äußeren Einflüssen des internationalen Systems – Globalisierung, transnationale Verflechtung und Interdependenz u.a. – nötig. Dabei scheint man in den USA auch weiterhin die Auffassung Arnold Tonybees zu beherzigen, daß große Reiche oder Staaten sich stets noch immer von selbst zerstört haben. Welchen Status die USA dabei künftig einnehmen werden oder wollen, ob den einer Supermacht, einer Großmacht oder eines „half-hearted hegemon“, bleibt im Hinblick auf Demokratie, Internationalismus und freien Handel als Elementen einer amerikanischen Außenpolitik und möglichen Hegemonisierung (Schwarz 1996), allerdings für die weitere Untersuchung offen (vgl. Huntington 1999: 35-49).

Literatur

Cutter, Bourman W./Spero, Joan/Tyson, Laura D'Andrea: A Democratic Approach to Globalization, in: Foreign Affairs Vol. 79, NO. 2 (2000).

Czempiel, Ernst-Otto: Am Scheideweg. Zur Situation der Atlantischen Gemeinschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2000, S. 569-579.

Destler, I.M.: Presidents, Bureaucrats, and Foreign Policy. The Politics of Organizational Reform, Princeton, NJ 1974.

Dittgen, Herbert: Amerikanische Demokratie und Weltpolitik. Außenpolitik in den Vereinigten Staaten, Paderborn u.a. 1998.

Friedman, Thomas L.: Clinton's Foreign Policy: Top Adviser Speaks Up, in: New York Times, 31.10.1993.

Hacke, Christian: Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von Kennedy bis Clinton, Berlin 1997.

Hoffmann, Stanley: The Crisis of Liberal Internationalism, in: Foreign Policy 98 (1995), S. 159-177.

Huntington, Samuel P.: The Lonely Superpower, in: Foreign Affairs, März/April 1999, S. 35-49.

Kennedy, Paul: The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000, New York 1987.

Kissinger, Henry: Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik, Berlin 1994.

Kristol, William/Kagan, Robert: Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy, in: Foreign Affairs Vol. 75, No. 4 (1996), S. 18-32.

Kubbig, Bernd W./Dembinski, Matthias/Kelle, Alexander: Unilateralismus und hegemonialer Multilateralismus als außenpolitischer Grundsatz ? Die USA und die internationalen Organisationen in der Ära Clinton, in: HSFK-Report 3, Frankfurt a. M. 2000.

Lake, Anthony: Effective Engagement in a Changing World, in: U.S. Policy Information and Texts (USPIT), 20.12.1993, S. 21-24.

Lewis, George/Gronlund, Lisbeth/Wright, David: Nationale Missile Defense: An Indefensible System, in: Foreign Policy, Winter 1999/2000, S. 120ff.

Lippmann, Walter: U.S. Foreign Policy: Shield of the Republic, Boston 1943.

Mandelbaum, Michael: The Bush Foreign Policy, in: Foreign Affairs, Vol. 70, No. 1 (1991), S. 5-22.

Melanson, Richard A.: American Foreign Policy since The Vietnam War. The Search for Consensus from Nixon to Clinton

Nordlinger, Eric A.: Isolationism Reconfigured. American Foreign Policy for a New Century, Princeton, New Jersey 1995.

Pfaff, William: Redefining World Order, in: Foreign Affairs, Vol. 70, No. 1, 1991, S. 34-48.

Rice, Condoleezza: Promoting the National Interest, in: Foreign Affairs, Vol. 79, No. 1 (2000), S. 45-63.

Rieß, Cornelia B.: Der überforderte Partner ? Konzepte amerikanischer Deutschlandpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Münster 1997.

Rockman, Bert A.: The Presidency and Bureaucratic Change after the Cold War, in: Ripley, Randall B./Lindsay, James M. (Hrsg.): U.S. Foreign Policy after the Cold War, Pittsburgh 1997, S. 21-42.

Rosenthal, A.M.: The Clinton Doctrine, in: New York Times, 6.10.1992, S. 23.

Rudolf, Peter: New Grand Strategy ? Zur Entwicklung des außenpolitischen Diskurses in den USA, in: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1999, S.61-97.

Schlesinger, James: The Quest for a Post-Cold-War Foreign Policy, in: Foreign Affairs, Vol. 72, No. 1, 1993, S. 17-28.

Schwarz, Benjamin: Why America Thinks It Has To Run The World, in: The Atlantic Monthly, Vol. 277, No. 6, S. 92-102, Juni 1996.

Schwarz, Jürgen: Die USA in der internationalen Politik, in: ders.: Grundlegung des politischen Systems und der Außenpolitik der USA, München 1998.

Schweigler, Gebhard: America First ? Die öffentliche Meinung und die amerikanische Außenpolitik, in: Dembinski, Matthias/Rudolf, Peter/Wilzewski, Jürgen (Hrsg.):Ameri-kanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1994, S. 23-69.

Strange, Susan: The Name of the Game, in: Rizopoulos, Nicholas (Hrsg.): Sea-Changes, Council of Foreign Relations, New York 1990, S. 238-271.

Walt, Stephen M.: Two Cheers for Clinton's Foreign Policy, in: Foreign Affairs Vol. 79, No. 2 (2000), S. 63-79.

Waltz, Kenneth: Globalization and American Power, in: The National Interest, No. 59, 2000, S. 46-57.

Woyke, Wichard: Die Rolle der USA im internationalen System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Kevenhörster, Paul/Woyke, Wichard (Hrsg.): Internationale Politik nach dem Ost-West-Konflikt. Globale und regionale Herausforderungen, Münster 1995.

Zoellick, Robert B.: A Republican Foreign Policy, in: Foreign Affairs, Vol. 79, No. 1 (2000), S. 63-79.

ORDO INTER NATIONES

Bisher erschienen:

- 1/1997: Jürgen Schwarz: Deutschland im Strukturwandel Europas
- 2/1997: Jürgen Schwarz: Strukturen des europäischen Sicherheitssystems - 50 Jahre nach Potsdam
- 3/1997: Ralph Rotte: Diversionary Foreign Policy, Domestic Affairs, and the Maastricht Treaty
- 4/1997: Andreas Fahrner / Jürgen Schwarz / Hanns-Frank Sellar / Jan Wiktor Tkaczynski / Ulrich Vogel: Die Integration Polens in die Nordatlantische Allianz
- 5/1998: Franz Walter: Zur Lage der russischen Streitkräfte und zur eingeleiteten Militärreform
- 6/1998: Stephan Maninger: Ethnische Konflikte entlang der Entwicklungsperipherie
- 7/1999: Hanns-Frank Sellar: Die neue Dynamik in den welt-politischen Strukturen und Prozessen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert
- 8/1999: Ralph Rotte: Immigration Control in United Germany: Toward a Broader Scope of National Policies
- 9/1999: Stephan Maninger: Kosovo - Eine Frage der Lehre
- 10/2000: Ralph Rotte: Der Liberale und Demokratische Frieden als "neues Paradigma" der Internationalen Politik? Ein kritischer Überblick
- 11/2000: Guido Rossmann/Jan Wiktor Tkaczynski: Die Fonds der Europäischen Union als wirtschaftspolitische Instrumente bei der Erweiterung der Gemeinschaft
- 12/2000: Hanns-Frank Sellar: Die Globalisierung und der moderne souveräne Staat im internat. System des 21. Jahrhunderts. Zwischen Global Governance und kooperativer Universalität
- 13/2000: Jürgen Schwarz: Grundzüge und aktuelle Entwicklungen der US-Außenpolitik

Am Institut für Internationale Politik zuletzt erschienen:

BEITRÄGE ZUR INTERNATIONALEN POLITIK

- Nr. 21: Sascha Zarte: Der asiatisch-pazifische Raum in der Perzeption amerikanischer Außenpolitik, München 1999
- Nr. 22: Steffen Meder: China im 21. Jahrhundert - Regional- oder Weltmacht?, München 2000
- Nr. 23: Francisco Aguilera Iborra: Gibraltar - Optionen unter Berücksichtigung der internationalen Politik und des völkerrechtlichen Rahmens, München 2000

TEXTE ZUM Studium DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

- Nr. 12: Heinrich Schnell: Kaliningrad. Die Entwicklungschancen der russischen Exklave, München 1998
- Nr. 13: Ralph Rotte: The Democratic Peace and International Use of Force: Doubts about the 'Monadic Hypothesis', München 1999

DOKUMENTE und Arbeitsmaterialien zur Internationalen Politik

- Nr. 1: Jürgen Schwarz / Hanns-Frank Seller:
Die Integration Europas (EU, WEU, KSZE), München 1995
- Nr. 2: Jürgen Schwarz/Hanns-Frank Seller:
Politisches System und Außenpolitik der USA, München 1994,
4. Auflage 2000

STUDIEN ZUR INTERNATIONALEN POLITIK im Peter Lang Verlag

- Band 1: Jürgen Schwarz / Jan Wiktor Tkaczynski / Ulrich Vogel: Polen und die neue NATO. Modalitäten der Integration, Frankfurt/M. 1997
- Band 2: Andreas Ralf Fahrner: Die Rolle der russischen Streitkräfte im politischen System der Russischen Föderation, Frankfurt/M. 1999
- Band 3: Christoph Ulrich Vogel: Stabilitätstransfer durch die NATO am Beispiel Polens. Souveräner Staat und internationale Organisation als Akteure und Sicherheitsproduzenten im internationalen System, Frankfurt/M. 1999